

Volks-Zeitung

Der Reichstag

tritt morgen wieder zusammen. Der schwarzblaue Block kann nun wieder sprechen in der Verlesung und im Verrat der Volksinteressen. Daß auf die reaktionären Volksbedrücker, die das Volk in Händen haben, die letzten Nachwahlen belehrend und behernd einwirken werden, das erwartet wohl kein verständiger Mensch. Hoffens wird sich die Wirkung dieser Nachwahlen darin zeigen, daß der schwarzblaue Block es noch toller treiben wird als bisher. Er wird es so machen wie der verächtliche Kartellrechtstag vom Jahre 1887: Im Vernein, daß die Zukunft des schwarzblauen Blocks dunkel ist, wird die schwarzblaue Mehrheit von jetzt ab bis zum Schluß der Legislaturperiode an reaktionären „Gründungsclubs“ einzuhämmern und zu retten suchen, was zu retten ist. Es wird sich eine wilde Orgie der volksfeindlichen Gefühlsmacherei vollziehen. Die Bemühungen, auch die Nationalliberalen in dieses Komplott gegen das deutsche Volk hineinzuziehen, sind, wie bekannt, in vollen Gange, und die Geneigtheit, zunächst eines Teils der Nationalliberalen, Arm in Arm mit den „Mittlern und Rechten“ am erhabenen Werke der preussisch-deutschen Reaktion zum Schanden der deutschen Kultur zu arbeiten, ist leider bis zur Straffähigkeit vorhanden. Ob der andere Teil der Nationalliberalen, der sich bis jetzt noch davon geschützt hat, sich blauschwarzlich zu kompromittieren, die Kraft haben wird, sich gegen die Umarmung von rechts zur Wehr zu setzen, wird man in kurzer Zeit erfahren. Unvorsichtig wäre es, in dieser Beziehung irgend welche starken Hoffnungen zu hegen.

Bestig umgirt werden von reaktionärer Seite auch die Selten des Volkstums, die den großen Befähigungsanspruch als freiwillig-gouvernementale Handlanger der Junker so glänzend erbracht haben, daß sie allerdings in den Augen der Konservativen auch weiterhin zu den schönsten Hoffnungen berechtigen. Auch hier wird es sich bereits in kürzester Frist herausgestellt haben, was für einen Stab die berühmten „Staatsmänner“ des Volkstums zum Nutzen des von ihnen seit Jahren erfolgreich betriebenen Kampfs der freimüthigen Volkspartei in der gegenwärtigen des blauschwarzen Blocks zusammengebracht haben.

Jedenfalls gehen wir einer parlamentarischen Session entgegen, wie wir sie von gleich einschneidender Bedeutung nicht so bald wieder erleben werden. Die famose Steuerreform hat überdies Hunderttausende aus dem politischen Schlaf aufgerüttelt, in den sie bis dahin durch den Gifttrank der konservativ-reaktionären Volksverdrummung eingetaucht worden waren. In dieser Zeit des allgemeinen Erwachens des Interesses an den Arbeiten des Reichstages und der Belebung der öffentlichen Kritik ist von doppeltem Werte die Verkürzung eines Ablasses, das was unter dem Namen der freimüthigen Volkspartei in ihrer gemeinverständlichen Entartung bloßgestellt. Unsere Leser, die mit uns politisch eines Gemüses sind, werden zu dem unaussprechlich und brennend gewordenen Kampfe gegen die reaktionären Volksfeinde das igeige beitragen, wenn sie in ihren Freundes- und Bekanntenkreisen jezt, zu Beginn einer der bewegtesten Tagungen des Parlaments, sich für die immer weitere Verbreitung unserer Blätter interessieren. In jedem Abonnenten unserer Zeitung wird ein Mitkämpfer für die Sache des Volkes gewonnen!

Mittelstand und Hanfband.

In der gestern in Berlin im Lehrereinstand abgehaltenen sechsten ordentlichen Generalversammlung der Deutschen Mittelstandsvereingung, die aus dem ganzen Reiche einen starken Besuch aufwies, stand als erster und wichtigster Punkt der Tagesordnung das Verhältnis der Deutschen Mittelstandsvereingung zum Hanfband zur Entscheidung. Nach längerer Erörterung, in der sowohl die Vertreter eines Anschlusses des Mittelstandes an den Hanfband, wie diejenigen, die eine abwartende Haltung einnehmen wollten, ausgiebigst zu Worte gekommen waren, lagen als Ergebnis der Debatte drei verschiedene Resolutionen vor. Von diesen gelangte die nachstehende Resolution einstimmig und unter großem, langanhaltendem Beifall zur Annahme:

1. Die unbedingte Selbstständigkeit der Deutschen Mittelstandsvereingung ist aufrecht zu erhalten.
 2. Ein Zusammengehen der Deutschen Mittelstandsvereingung mit dem Hanfbande in der allen Schichten von Handel, Gewerbe und Industrie gemeinsamen Fragen liegt im wohlüberlegten Interesse des Mittelstandes.
 3. Wir haben das Vertrauen zu unserem Vorstande, daß er die nötigen Maßnahmen treffen wird, um die Deutsche Mittelstandsvereingung zu einer den gesamten Mittelstand umfassenden repräsentativen Vertretung auszubauen.
- Diese Resolution war von den bisherigen Vorsitzführern einer abwartenden Haltung gegenüber dem Hanfbande bestritten worden.
- Bemerkenswert ist außerdem, daß nach Feststellung der Präferenzliste von einem Überwiegen des Berliner Einflusses in der Verlesung nicht die Rede sein konnte, da die Vertreter von Ostpreußen aus dem Reiche über 14 Stimmen mehr als die Delegierten aus Berlin verfügten.
- Endlich erklärte auf Anfrage des Vorstandes die Vertreter derjenigen Ortsgruppen, die dem Hanfbande bislang abwartend gegenüberstanden, sich auf den Standpunkt dieser Resolution stellen zu wollen und ihre Beizugung ihren Ortsgruppen warm zu empfehlen.

Ein Attentat gegen den Pariser Platzkommandanten. Eine Verwundung.

Auf den französischen General Berand, den Platzkommandanten von Paris, wurde von einem Manne in der Rue Cassignole ein Revolveranschlag verübt. Der General wurde an Stirn und Nacken schwer verletzt. Der Angreifer wurde verhaftet. Er wollte offenbar den Kriegsminister treffen, dessen Bild er bei sich hatte und der dem General Berand ähnlich sieht.

Der Angreifer ist ein algerischer Eingeborener. Er trug zwei geladene Revolver und einen langen Dolch bei sich. Seiner Ueberwältigung durch die Polizei sieht er heftigen Widerstand entgegen und wurde dabei verwundet. Bei dem Verhör erklärte er, er sei ein Opfer der Ungerechtigkeit algerischer Offiziere.

Ueber den Anschlag werden noch folgende Einzelheiten aus Paris berichtet: Der General, der in großer Uniform war, und dem ein Blutstrom über Gesicht und Nacken floß, begab sich, von zwei Postanten geführt, in die 108. Rue de Valenciennes, um dem Chef der Republik gerade den Besuch des Königs von Portugal in dem benachbarten Hotel Bristol zu erwidern. Die Polizisten nahmen den Attentäter, der zu fliehen suchte, fest. Mehrere Spaziergänger hielten sich auf ihm, schlugen mit den Händen auf ihn los und riefen: „Ins Gefängnis mit dem Mörder!“

Ein Angehöriger hatte sich das Gesicht verkratzt, daß der Anschlag gegen den König von Portugal gerichtet gewesen sei; doch erwies es sich bald als vollständig unbegründet. General Berand war bis 1908 Kommandeur der republikanischen Garde in Paris gewesen und vor ungefähr drei Jahren zum Befehlshaber des morgonischen Gendarmekorps im Sandhof Cerres ernannt worden.

Der Urheber des Mordanschlages heißt Robin Gendelli und stammt aus Guelma in Algerien. Er war früher Sekretär des arabischen Bureaus in Bu-Saaba und behauptet, er sei entlassen worden, weil er die von den Offizieren begangenen Unregelmäßigkeiten zur Anzeige gebracht habe. Etwa 200 Offiziere hätten Strafarbeiten von Sechsten bis zu drei Jahren zu leisten gehabt, und die dafür von den Eingeborenen bezahlten Steuern eingezogen. Man habe ihn ermorden wollen, weil er die Wahrheit gesagt habe. Er habe darüber an den Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, doch sei es unbeantwortet geblieben, und so habe er sich selbst zu seinem Recht verhehlen wollen.

Ein weiteres Telegramm aus Paris meldet: Der Verteidiger Gendelli erklärte einem Richter, Gendelli sei weder Anarchist noch Antimilitarist, sondern ein verzweifelter, wehrlos verurteilter Mensch. Gendelli habe sich nach der Entlassung aus dem Dienst an die Viga für Menschenrechte und einen sehr bestimmten sozialistischen Repertorium gewandt und die Bitte, ihm zu einer Festigungsbücherei zu verhelfen, doch vergeblich; ein von ihm im Auftrage Gendellis gefertigtes an den Staatsrat eingereichtes Gesuch um Zuerkennung einer Schadensersatzsumme in Höhe von 32.000 Francs sei noch nicht erledigt.

Die Verlesung des Generals Berand ist sehr ernst, aber nicht lebensgefährlich. Die eine Kugel des Revolvers ist auf der rechten Seite in den Hals eingedrungen, hat die Wirbelbänne gestrichelt und ist auf der linken Gehirnhälfte wieder hinausgegangen.

Der Kaiser ist heute vormittag 9 1/2 Uhr von Wies nach Breslau abgereist.

Gründung einer deutschen Gartenbauvereingung. Die Vertreter der größten gärtnerischen Berufsvereine Deutschlands beschlossen gestern in der königlichen Landwirtschaflichen Hochschule die Gründung einer deutschen Gartenbauvereingung. Der Vorsitzende des Vereins am 6. April in einer Gärtnervereinigung zu Zahlen gewählten Einigungscomité, Garteninspektor Lange, wies auf die von den Gärtnervereinigungen ausgetragene Interaktion durch den Verein zur Förderung des Gartenbaues hin. Der Kaiser habe sich bereit erklärt, das Protektorat der deutschen Gartenbauvereingung zu übernehmen. Ministerialdirektor Dr. Tschel hielt das Referat. Er wies auf die Erklärungen der Deutschen Landwirtschaflichen Hochschule hin, die das politische Gebiet seit Beginn ihrer Tätigkeit stets vermieden und die Selbstständigkeit der bestehenden landwirtschaflichen Vereine nicht angeht hätte. Er warnte vor selbstwilligen Ausstellungen und unterzog den Gärtnervereinigung einer Kritik. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Es wurde unter anderem die Schaffung von Gartenbauvereingung und eines deutschen Gartenbauvereingung angesetzt. Schließlich wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, die die Gründung einer deutschen Gartenbauvereingung im Prinzip gutheißt und eine aus den Verbänden der einzelnen Verbände bestehende Kommission mit den Vorarbeiten betraut.

Achtung! Nicht drücken! Für Telephonbenutzer!

Mit einer, weiteste Kreise interessierenden Angelegenheit von prinzipieller Bedeutung hatte sich dieser Tage die Strafkammer in Sachen L. W. in der Verhandlung auseinandergesetzt. Der Verhandlungsbegriff, von dem dort meldete sich für seine Firma auf telephonischen Anruf, wurde aber nicht angesprochen. Da sich auch nach Verlauf mehrerer Minuten noch immer niemand meldete, drückte G. die Kurzel. Durch diese Kurzelverletzung wurde die dienstliche Telephonlinie verletzt, so daß sie einige Zeit lang außer Gebrauch war. Es stellte sich nun in der Verhandlung heraus, daß das Drücken der Kurzel durch Angereifene verboten ist, das keineswegs allgemein bekannt sein dürfte, denn auch der Verteidiger des Angeklagten erklärte, daß ihm eine solche Bestimmung unbekannt sei. Für Verlesungen,

die durch die Kurzelverletzung des Angelernten, oder auch durch zu rasches Kurzeldrehen des Kurzeldrehen entstehen, werden die betreffenden Personen haftbar gemacht. Der Angeklagte, der natürlich nicht in solcher Absicht gehandelt hat, war vom Schöffengericht freigesprochen worden; er wurde aber jetzt von der Strafkammer wegen Körperverletzung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Staatlicher Wahlerorismus.

Bei den Stadterwerbunternahmen in Königsberg, die am letzten Donnerstag wurden die Eisenbahnarbeiter zur Stimmabgabe für den Liberalen gegen den Sozialdemokraten Kommandant nach dem „Vorn.“ ereignete sich die folgende bezeichnende Szene: Ein Eisenbahner tritt an den Wahlstisch heran. Der Wähler: „Wie mich vorgelesen ist, wähle ich: Dorsch und Klant!“ Ein Mitglied des Wahlvorstandes: (nachdem sich der Wähler entfernt hat: „Der Mann ist wenigstens schlud!“) Zuruf eines anwesenden Sozialdemokraten: „So, meine Herren, steht der „sozialdemokratische Wahlerorismus“ aus.“

Zur Verhütung der Anstehungsgefahr

durch den Massenstich beim Abendmahl liegt wieder eine neue Kundgebung vor. Aus Danzig ist folgende Kundgebung zu entnehmen: In der Stadt Danzig wurde ein Antrag eingebracht, der Schritte wegen Aufhebung des gemeinschaftlichen Abendmahls zu setzen wolle. Der Oberbürgermeister sagte zu, in dieser ersten Stunde mit der Regierung ins Benehmen treten zu wollen.

Mannet in Paris. Der junge König von Portugal und Kaiserin Maria II. besuchten gestern Vormittag Besuche aus. In Ehren des Königs fand gestern Abend ein Dinner statt, bei dem Kaiserin Maria II. einen Toast auf den König ausbrachte. König Manuel dankte für den dazumaligen Empfang an diesem Platz, wo schon sein Vater und seine Mutter so liebenswürdig empfangen worden seien.

Waffenverhältnisse in Petersburg. In der vergangenen Nacht nahm die Polizei, wie ein Telegramm aus Petersburg meldet, bei der Auflösung einer unangemeldeten Versammlung etwa hundert Beschäftigten vor. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Damassogeborener.

Die Eröffnung des rumänischen Parlaments fand gestern in Bukarest statt. Der König verlas die Thronrede, in der erklärt wird, die Beziehungen Rumaniens zu den auswärtigen Mächten seien die besten. Auch seine reichhaltige Tätigkeit habe Rumaniens sich eine Stellung erworben, die ihm das Recht gebe, als ein wichtiger Faktor der europäischen Politik betrachtet zu werden. Die Beside der Thronrede Deutschlands und Österreich-Ungarns, führt die Thronrede fort, und die Infanten eines Feldmarschalls, der Kaiser Wilhelm mit verdien, waren neue Beweise der uns verknüpfenden Freundschaftsbande und des von uns erworbenen Prestige. Unsere Pflicht ist es, zur Vermeidung der internationalen Stellung der Rumänien die Stärkung unserer Freundschaft ohne Unterlass zu verfolgen. Die Thronrede stellt die nächste Sitzung und die Vernehmung der nationalen Produktionsquellen fest. Endlich konstatiert sie die Vernehmung der Zahl der händlichen Schulen sowie die dauernde Verbesserung im Unterrichtsweien.

Srück aus Melilla.

Wie ein Telegramm aus Madrid meldet, beschloß in Folge der Belegung des Berges Alhara der Ministerat, unverzüglich eine Kommission von Beamten nach Melilla zu entsenden, die für vorläufige Beschäftigungen der neuen Stellung Sorge tragen soll. Herrere wurde beschlossen, die Truppen in dem Verhältnis und zu der Zeit, wie General Martia es für richtig befand, nach der Heimat zurückzuführen, und, sobald die Truppen wieder in Spanien eingetroffen sind, die Reservisten zu entlassen.

Wie aus Melilla gemeldet wird, haben die Führer der Beni Sa'n Jera und der Beni Sidel sich dem General Martia widersetzt und er damals und ihm sogar die Aufforderung einer Paria gegen die anderen Stämme, die sich nicht ergeben wollen, angeboten.

Die Zhankaliaffäre.

Oberleutnant Hofrichter leugnet noch immer. Wien, 28. November. Heute um 6 Uhr früh ist Oberleutnant Adolf Hofrichter mit dem Anzeigebuch aus dem Gefolge von drei Offizieren, einem Hauptmann, einem Oberleutnant und einem Leutnant in Wien angekommen; mit demselben Zuge, mit dem er genau vor diegenen Tagen hier eingetroffen war. Es war ebenfalls ein Sonntag, und mit einem Kameraden aus der Reserve, den er im Coupé kennen gelernt hatte, war er damals zu Fuß vom Bahnhof weggegangen. Auf dem Mariasberg hatte sich dieser Kamerad verabschiedet, und Hofrichter schritt allein weiter. In der Mantelkassette hatte er, so behauptet die Anklage, die Giftbottle, und beim nächsten Postkasten vollendete er die Tat und warf die Briebe hinein.

Nach Hofrichter nichts gefanden. Alles spricht zwar gegen ihn, beinahe ist es die Beweislast, aber Hofrichter leugnet, klar, schlüssig und kampfbereit. Zur gegen nachmittags, als der Verdacht der Täterschaft dringender geworden war, der Säbel abgenommen wurde, da drach er zusammen. Da erkannte er den früheren Gefolge der Situation. Er wurde bloß, fiel, von Schwäche ergriff, um und mußte gelobt werden. Am Ende vor sich hinbrütend verbarrie er so bis gegen 1/2 Uhr nachts. Da kamen die drei Kameraden, um ihn zur Fahrt nach Wien abzuholen. Hofrichter der Zustimmung und zwilchen den beiden anderen Offizieren drei Briebe ohne Säbel, die Kasse tief in die Seiten gedrückt, den Manteltragen hochgeschlagen, die Hände in den Mantelstecken. Er sah bloß und angegriffen aus. „Kein Wort wurde gesprochen.“ Man besitz ein bereitgehaltenes Coupé zweiter Klasse, der Hauptmann lag Hofrichter gegenüber, die beiden Offiziere neben dem Besoldigten.